

Grüß Gott Zusammen,
mein Name ist Reinhard Sachsinger, ich bin Vorstand der
AG Rettet den Münchner Norden.

Die *AG* gibt es seit über 35 Jahren, und die Anfänge reichen noch deutlich weiter zurück, und die *AG* wurde gegründet, weil es seit ewigen Zeiten eine eklatante Zurücksetzung des Münchner Nordens gibt, weil wir immer wie die Kellerkinder, wie die Hinterhofkinder behandelt wurden.

Und **Sie** in Oberschleißheim gehören auch zum Münchner Norden. Sie wissen das ja nicht erst seit heute, aber an dem Fall, der uns heute hier zusammengebracht hat, müssen wir wieder besonders deutlich und schmerzhaft erkennen, welchen Stellenwert wir im Münchner Norden einnehmen.

Es geht ja nicht nur darum, dass die Stationierung der Hubschrauber an sich schon eine unerträgliche Zumutung für die Betroffenen darstellt. Ganz besonders unerträglich ist aber die Art und Weise, wie es dazu gekommen ist und wie mit uns Bürgern dabei umgegangen worden ist.

In den Sonntags-Reden unserer gewählten Interessenvertreter taucht inzwischen ganz häufig auf, wie wichtig die **Mitbestimmung der Bürger** ist. ... Der kleinere Bruder der Mitbestimmung heißt Bürgerbeteiligung, da darf man nur noch mitreden nicht mitbestimmen, und ganz am unteren Ende dieser Begrifflichkeiten rangiert die Bürgerinformation oder die Transparenz bei einem Verfahren, da wird man nur noch informiert, also das Mindestmaß an fairem Umgang, sozusagen das „Feigenblatt“, um sich nicht dem Verdacht auszusetzen, dass da was nicht mit rechten Dingen zugeht.

Bei der Stationierung der Hubschrauber in Oberschleißheim gab es aber nicht einmal ein kleines Stückchen von diesem „Feigenblatt“. Bei dem Erörterungstermin für das Genehmigungsverfahren, heuer im Mai, wurden alle Fragen und Bitten der Anwesenden nach Offenlegung der Entscheidungsfindung vom Leiter des Luftamtes Süd abgewiesen.

Auch die dürren Äußerungen unseres Innenministers waren weder informativ und schon gar nicht befriedigend, alles was er wissen ließ lautete: „... *es sei alles intensiv geprüft worden*.“, und er scheint der Meinung zu sein, dass wir uns damit zu begnügen haben. Wir wollen aber erfahren, wie die Entscheidung für diesen Standort zustande kam, wir sind die Betroffenen.

Es gibt nämlich erhebliche Zweifel, ob das alles „...*so intensiv geprüft wurde*“, wie unser Innenminister sagt, wenn man bedenkt, dass $\frac{3}{4}$ der Einsätze im Süden von München liegen. Da drängen sich doch Zweifel an der objektiven Wahl auf. Und je weniger man uns offenlegt, umso größer werden diese Zweifel. Man muss sich nicht wundern, wenn böse Zungen inzwischen behaupten: „... *die Staatsregierung will die Hubschrauber nur deshalb nach Schleißheim umsiedeln, damit die hohen Herren bequem und standesgemäß zum Sommerempfang ins Schloss kommen können*.“ Zugegeben: **Reine Spekulation**, aber es gab schon Fälle, wo die unglaublichsten Gerüchte sich später als zutreffend herausgestellt haben.

Auch mit dem **hervorgehobenen** Argument der entstehenden Synergien ist es nicht besonders weit her, wenn man die einfache Tatsache bedenkt, dass die vorhandenen Synergien am jetzigen Standort, mit mehreren Partnern, sicher nicht schlechter sein können als in Oberschleißheim, wo es nur 2 Partner sein werden.

Das einzige ehrliche, wenn auch zynische, Argument unseres Innenministers lautete: „ *Man habe schließlich bereits 9 Mio in Grundstück und Planung investiert*“.

Unvorsichtigerweise ließ er auch noch verlauten, dass eine „*Umorientierung auf verlassene Standorte der Bundeswehr nie untersucht wurde*“. Da drängt sich aber dann schon heftig die Frage auf, ob Alternativen **überhaupt** je ernsthaft ins Auge gefasst wurden, und „... *wie intensiv denn dann wirklich alles geprüft wurde.*“ Außerdem steht noch in einem Schreiben von ihm, das er im August verschickt hat, ich zitiere, und hören Sie sich das genau an, es ist wirklich bemerkenswert, er schreibt: „... *die angesprochenen Fragen, wie Standortfindung, etwaige Lärmbelästigung, Belange der betroffenen Anwohner, u.v.m., wurden **eingehend geklärt**.*“ ... diese abgehobene Ignoranz und dieser unsensible Umgang mit den Sorgen der betroffenen Bürger ist nicht zu überbieten.

Eine interessante Begründung entschlüpfte auch noch dem Leiter des Luftamtes Süd, beim Erörterungstermin, heuer im Mai. Auf die insistierenden Fragen der Anwesenden, entglitt ihm folgende unbedachte Antwort: „... *bei anderen Standorten hätte man Proteste der Anwohner befürchtet.*“

Da haben wir es wieder, ein weiteres Beweisstück, wie man uns im Münchner Norden einstuft, und dass man überzeugt ist, dass man uns die Hubschrauber locker aufs Auge drücken kann, denn „... **mit denen da draußen kann man das schon machen.**“

Zum Abschluss natürlich die wichtige Frage: Was können wir tun?

Eine glückliche Fügung hat es eingerichtet, dass in 2 Wochen Landtagswahlen sind, und da wird sich **einiges** ändern und das müssen wir nützen.

Dazu mein erster Apell: Gehen Sie bitte **alle** zur Wahl, und überzeugen Sie **alle Ihre** Verwandten, Freunde, Bekannten, Nachbarn mitzugehen. Diesmal ist es nicht egal, wenn Sie zuhause bleiben, diesmal lässt sich was bewegen und es wird sich was bewegen.

Und mein zweiter Apell: Überlegen Sie genau, welche Parteien **und** welche Kandidaten sich in der Vergangenheit unserer Sorgen angenommen haben, wer sich **wirklich** für unsere Interessen eingesetzt hat, **und, ganz wichtig, für wen der Erhalt unserer Lebensqualität von Bedeutung war** **und am allerwichtigsten, wer nach Ihrer Überzeugung das auch in Zukunft tun wird.** Den wählen Sie.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.